

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

G r ü n e

Beschluss

Ab- statt Aufrüstung in die EU-Verfassung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zum Entwurf der europäischen Verfassung, fordern aber die grünen Regierungsmitglieder und die grünen EU-Parlamentarier auf, auf Änderungen bezüglich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu drängen.

Die Verfassung darf keinen Zwang zur Aufrüstung enthalten, sondern muss vielmehr europäische und internationale Abrüstung als Ziel europäischer Außen- und Sicherheitspolitik fest schreiben.

Mit Sorge sehen wir in diesem Zusammenhang die geplante Einrichtung eines europäischen Rüstungsamtes, das die industriellen und technologischen Grundlagen des Verteidigungssektors stärken und den Ministerrat zur "Verbesserung der militärischen Fähigkeiten" beraten soll. Die grünen Regierungsmitglieder und die grünen EU-Parlamentarier müssen sich dafür einsetzen, dass das Amt zur notwendigen Effizienzsteigerung und Kostenersparnis durch eine gemeinsame europäische Rüstung führt, nicht aber zu einem Mehr an Rüstung.

Generell sind wir der Auffassung, dass die verbindliche Einrichtung eines Rüstungsamtes nicht in die EU-Verfassung gehört.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass wenn ein Rüstungsamt eingerichtet wird, in jedem Fall ein gleichwertiges europäisches "Friedensamt" geschaffen wird, mit der Aufgabe, die Bemühungen der EU in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, der Konfliktprävention und der Friedensforschung zu koordinieren und zu intensivieren.

